Abendausgabe

Nr. 277 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 136

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 — 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag
14. Juni 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 — 297

Deutschland kommt Litauen entgegen.

Keine Durchführung der Beschwerde, nur eine Erklärung Woldemaras.

W. S. **Genf, 14. Juni.** (Eigener Drahtbericht.) In der um ¾12 Uhr begonnenen vertraulichen Ratssitzung wurde in 5 Minuten entschieden, daß man erst morgen entscheiden will, ob die Memelfrage auf die Tagesordnung gesetzt wird. Diese Vertagung um 24 Stunden bedeutet, daß noch Verhandlungen im Gange sind zwischen Deutschland und Litauen, um, wie es heißt, zu einer direkten Verständigung zu kommen. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat in der vertraulichen Ratssitzung erklärt, daß er seinen Widerstand dagegen aufgibt, daß die Memelfrage im Völkerbundsrat überhaupt behandelt wird. Er regt aber an, ihm die Peinlichkeit einer ausführlichen Ratserörterung dessen, was seine Regierung im Memellande widerrechtlich und willkürlich getan hat, zu ersparen. Es sieht danach aus, als ob ihm das gelingen wird. Er wird die Vermeidung einer materiellen Ratsuntersuchung der Memelbeschwerde als einen diplomatischen Erfolg in seine Heimat zurücknehmen.

Hingegen läßt die Haltung der deutschen auswärtigen Politik Stetigkeit vermissen. Erst hatte in Berlin eine im Ressortsinne zuständige Stelle pathetisch erklärt, das deutsch-litauische Verhältnis müsse von der Memelfrage entgiftet werden. Deshalb bringe Deutschland die Sache der Memelländer vor den Rat. Deutschland vertraute dieser vertragsmäßig vorgesehenen Körperschaft also die Entscheidung über die Anklage der Memeler Deutschen gegen das Willkürregiment der litauischen Diktatur an. Jetzt aber ist diese

politische Linie völlig verlassen

worden. Die deutsche Delegation verzichtet hier darauf, auf eine Ratsentscheidung in der Angelegenheit zu dringen. Sie will sich mit einer hinter den Kulissen abgemachten Erklärung Litauens begnügen, die dann vor dem Rat abgegeben werden soll.

Die Durchführung der Memeler Klage, die man einmal vor dem Rat erhoben hat, soll also unterbleiben. Es mag zutreffen, daß dieses

Entgegenkommen gegenüber dem litauischen Diktator

der bequemere Weg ist und weniger Energie erfordert als das feste Beharren auf einer einmal begonnenen wohlüberlegten Politik. Dieses Zurückweichen vor den Wünschen Litauens mag jedoch Stresemann vor seinen deutschnationalen Koalitionsfreunden als „neue internationale Sachlichkeit" rechtfertigen. Vom Völkerbundsgesichtspunkt läuft diese Verzichtspolitik darauf hinaus, daß dem Bunde eine Aufgabe entzogen wird, die er befugt ist und wohl imstande wäre zu lösen. Dabei hätte Deutschland eine Mehrheit des Rates auf seiner Seite. Die kleineren und mittleren Staaten wären durchaus nicht ungern mitgegangen und Berlin hätte dazu noch Warschau einen kostenlosen Gefallen erwiesen, wenn Kowno im Rate tüchtig gestäupt würde. Diese wohl unbewußte Sabotage des Völkerbunds durch Deutschland, die nur zu sehr dem hier üblichen Verhalten der Großmächte entspricht, mindert die Autorität des Bundes. Es wäre eine nützliche Warnung an alle Brecher und Beuger international verbürgter Volksrechte, eine Warnung an alle großen und kleinen Diktatoren für die Zukunft, wenn der Völkerbundsrat sich mit brutaler Gründlichkeit Litauen wegen der Unterdrückung der deutschen Memeler vorgenommen hätte.

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras setzte heute seine Verhandlungen mit dem deutschen Ministerialdirektor Dr. Gauß fort.

In der der vertraulichen Sitzung vorhergehenden 20 Minuten dauernden öffentlichen Sitzung wurden nur verwaltungsmäßige Dinge erledigt. Costarica und Aegypten wurden zu der nächsten internationalen Verkehrskonferenz eingeladen und auch der Sudan auf englischen Vorschlag aufgefordert, eine Vertretung zu entsenden. Das kennzeichnet das englische Bestreben, den Sudan von Aegypten völlig zu lösen.

Aus dem Bericht über den Stand der Konvention gegen die Sklaverei ergibt sich, daß sie bisher 37 Staaten unterzeichnet haben. Nur zwei sind im letzten Jahre der Konvention beigetreten: Indien und — wieder auf englisches Betreiben — die Regierung des Sudan.

Stresemann berichtete auf englisch über die am 14. November dieses Jahres angesetzte Staatenkonferenz über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen. Die Internationale Handelskammer wurde eingeladen, eine Vertretung mit beratender Stimme zu delegieren.

Was Briand Stresemann gesagt haben soll.

Paris, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Ergebnissen des ersten Verhandlungstages in Genf zeigt die Pariser Presse am Dienstag, im Gegensatz zu der vom Montag, eine freundlichere Stimmung. Der „Matin" erklärt, daß die Resultate von Genf nicht mehr als so absolut entmutigend anzusehen seien und der „Petit Parisien" glaubt sogar, schon eher optimistisch sein zu dürfen. Die Pariser Presse läßt weiter erkennen, daß das einzige Resultat bisher nur das eine gewesen sei, daß alle Parteien unverändert starken Willen zur Versöhnung und Fortsetzung der Locarnopolitik gezeigt hätten. Allerdings sei es in der Aussprache zwischen Briand und Stresemann zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Stresemann habe sich bitter beklagt, daß die in Locarno versprochenen Rückwirkungen ausgeblieben seien. Briand habe geantwortet, daß Deutschland zahlreiche politische und psychologische Fehler begangen habe, die das Mißtrauen zwischen beiden Völkern wachgehalten und die Durchführung einer Politik der Zugeständnisse unmöglich gemacht habe. Insbesondere sei die Anwesenheit von drei deutschnationalen Ministern im Reichskabinett, die als unbedingte Gegner der Locarnopolitik anzusprechen seien, die schwerste Belastung für eine Fortsetzung der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich.

Mittwoch Standgericht gegen Kowerda

Polnische Antwort erst nach dem Urteil.

Warschau, 14. Juni. (WTB.) Die Verhandlung gegen den Mörder des russischen Gesandten Wojkoff, Boris Kowerda, vor dem Standgericht ist auf morgen 10 Uhr vormittags angesetzt worden.

Die polnische Antwort auf die zweite Note der Sowjets wird noch im Laufe dieser Woche erteilt werden. Es ist nicht unmöglich, daß man vorher noch das Urteil des Standgerichts über den Mörder Wojkoffs, Boris Kowerda, abwartet. Wahrscheinlich wird die polnische Regierung in ihrer Antwort den in der ersten polnischen Note eingenommenen Standpunkt neuerlich unterstreichen. Die polnische Presse drückt mehrfach die Ueberzeugung aus, daß die polnische Regierung die zu weit gehenden russischen Forderungen, die in der russischen Note unter Punkt 2 und 3 enthalten sind, nicht erfüllen werde.

Die polnische Presse zur Sowjetnote.

Der sozialdemokratische „Robotnik" verurteilt entschieden die zweite Sowjetnote, weil sie geeignet sei, die bestehenden Schwierigkeiten zu vermehren. Die Verantwortung für die Verschärfung der Lage falle jetzt, so sagt das Blatt, auf Moskau, das ein leichtsinniges Spiel mit der Sache des internationalen Friedens treibe. — Die christlich-demokratische „Rzeczpospolita" meint, daß die roten Henker des Kreml im Blutrausch den Kopf verloren hätten. Das Blatt hält die in Punkt 2 und 3 der russischen Note gestellten Forderungen für so unverschämt, daß man der Note überhaupt keine besondere Beachtung schenken dürfte. Den Bolschewisten imponiere nur die Knute und die Politik der brutalen Kraft.

Russenenthaftungen, neue Verhaftungen in Wolhynien.

Warschau, 13. Juni. (TU.) Im Laufe des heutigen Tages sind alle Russen aus Warschau und Wilna, die sich noch in Haft befanden, auf freien Fuß gesetzt worden. Dagegen sind mehrere Verhaftungen in Wolhynien vorgenommen worden, allein in Rowno, Luck und Kowel sind etwa 30 Personen verhaftet worden.

Elf Todesurteile in Odessa.

Moskau, 14. Juni. (Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Eine außerordentliche Session des Odessaer Gerichtshofes hat 16 Angeklagte wegen Spionage zugunsten Rumäniens verurteilt. Elf wurden zum Tode verurteilt, drei erhielten zehn Jahre Gefängnis, zwei wurden freigesprochen. Außer der Lieferung geheimer Informationen an den rumänischen Nachrichtendienst beschäftigten sich die Angeklagten mit der illegalen Transportierung von nach Rumänien aus dem Gebiet der Sowjetunion geflüchteter und von den Sowjetbehörden gesuchter Personen. Der größte Teil der Angeklagten hat seine Schuld eingestanden.

Reichstag und Außenpolitik.

Sozialdemokratische Interpellation.

Angesichts der wenig befriedigenden Entwicklung der deutschen Außenpolitik und der vielfachen internationalen Verwicklungen wird es zu den wichtigsten Aufgaben des Reichstags gehören, sich über den außenpolitischen Kurs der Reichsregierung Klarheit zu verschaffen. Im Augenblick stehen die Entscheidungen des Völkerbundes noch aus und befindet sich der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik noch in Genf. Sobald jedoch die Genfer Beratungen geschlossen sind, was bekanntlich schon Ende dieser Woche der Fall sein soll, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation über die auswärtige Politik einbringen.

Das geprellte Berlin.

Im Wohnungsbauprogramm benachteiligt.

Wo ist die Wohnungsnot am größten? — Der einfältige Bürger glaubt in den Städten und in den Industriegebieten. Er meint, wo die meisten Menschen leben und arbeiten, muß auch der stärkste Wohnungsbedarf sein. Es gibt jedoch Leute, die hierüber ganz anders denken, und seltsamerweise scheinen namentlich manche hochgestellte Personen das gerade Gegenteil für richtig zu halten. Zu ihnen gehört offenbar der preußische Minister für Volkswohlfahrt, der erst kürzlich wieder im Landtag die Anschauung vertreten hat, daß der Wohnungsmangel auf dem Lande mindestens ebenso groß sei wie in Berlin. Daß es sich dabei nicht um unbedachte Gelegenheitsäußerungen gehandelt hat, sondern um den Ausdruck einer feststehenden Ueberzeugung, ist den Berlinern mit schmerzlicher Deutlichkeit bewiesen durch die Art, wie seit Jahr und Tag der staatliche Wohnungsfürsorgefonds verteilt wird.

Nach gesetzlicher Vorschrift fließen in diesen Ausgleichsfonds des Herrn Wohlfahrtsministers drei Zehntel des gesamten für den Wohnungsbau bestimmten Teils der Hauszinssteuer. In den letzten Jahren waren es regelmäßig etwa 130 Millionen Mark, die diesem Fonds zugeflossen sind, und von dieser gewaltigen Summe hat die Reichshauptstadt so gut wie nichts bekommen. Im Jahre 1926 ganze 800 000 M. und diese mit der Auflage, daß dafür Wohnungen für Staatsbeamte errichtet werden. Aber diese stiefmütterliche Behandlung Berlins ist nur eine besonders krasse Auswirkung einer grundsätzlich städtefeindlichen Politik. Herr Hirtsiefer möchte der fortschreitenden Abwanderung ländlicher Volksteile in die Stadt Einhalt tun, und diesen gewiß sehr löblichen Vorsatz glaubt er auf die Weise ausführen zu können, daß er mit Hilfe der in den Städten aufgebrachten Steuergelder Wohnungen auf dem Lande baut. Als ob man die Landbevölkerung dadurch an die Scholle binden könnte, daß man den überzähligen Bauern- und Kätnerskindern schöne Wohnhäuser errichtet!

Leider wird diese Politik von weiten Kreisen gebilligt, ja sogar gefordert. Gerade eben hat der „Verband der preußischen Provinzen", d. i. eine Vereinigung der Landesdirektoren, dem Minister eine Entschließung übersandt, in der verlangt wird, daß noch mehr als bisher bei der Verteilung der Hauszinssteuermittel der ländliche Wohnungsbedarf bevorzugt wird. Bei der Neuregelung, heißt es da, soll in erster Linie „der Gesichtspunkt der wirtschaftlich richtigen Verteilung der Bevölkerung" maßgebend sein. Was das bedeutet, sagt der nächste Satz: „Ein Anwachsen der Großstädte ist nach Möglichkeit zu vermeiden." Also wieder die falsche Ueberlegung, daß man durch Wohnungsbau die Verteilung der Bevölkerung regeln könnte, während doch jeder volkswirtschaftlich Geschulte — und zu ihnen möchten wir einstweilen auch die Landesdirektoren rechnen — wissen muß, daß dies höchstens auf die kleine Gruppe der Rentner und der reichen Nichtsteuer zutrifft. Das arbeitende Volk, also die Masse, auf die es hier allein ankommt, muß dort wohnen, wo sich Räder drehen und Hämmer schlagen, wo Erz, Kohle, Kali gefördert werden, mit einem Wort, wo die neudeutsche Industriewirtschaft dem wachsenden Volk Arbeitsgelegenheit und Brot gibt.

Seit mindestens sechs Jahrzehnten beträgt die Einwohnerzahl der ländlichen Gemeinden (d. i. der Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern) unverändert 26 Millionen, und der ganze große Bevölkerungszuwachs dieser Zeit ist ausschließlich den Städten zugeflossen, deren Bewohnerzahl sich infolgedessen seit 1870 von 14 Millionen auf 40 Millionen vermehrt hat. Warum? Weshalb ziehen unaufhörlich neue Menschen in die Städte, in denen sie nach Ansicht der Herren Landesdirektoren doch nur schlimmste Verelendung und politische Radikalisierung erwartet? Weil die ländlichen Gebiete für die wachsende Volkszahl keine Verwendung haben und diese daher an Handel und Gewerbe, Bergbau und Industrie abgeben müssen, die nun einmal ihren Sitz fast ausschließlich in oder bei den Städten haben. Und da kommen nun im Jahre 1927 die repräsentativen Vertreter der provinziellen Selbstverwaltung mit der grandiosen Entdeckung, daß die Hauszinssteuer an der zunehmenden Stadtbildung schuld sei. „Die bisherige Verteilung der für die Förderung der Neubautätigkeit bestimmten Steuermittel begünstigt das weitere Anwachsen der Großstädte in einem vom wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Standpunkt nicht gerechtfertigten Umfang." Man möchte lachen über solche Weisheit, wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre. Es ist nämlich leider damit zu rechnen, daß diese abwegigen Anschauungen bei zahlreichen Mitgliedern des Preußischen Landtages ein williges Echo finden.

In Berlin sind zurzeit etwa 90 000 Familien ohne eigene Wohnung! Kann ein vernünftiger Mensch glauben, daß bei dieser Sachlage jemand nach Berlin zieht, in der Erwartung, hier die Wohnung zu finden, die er in Posemuckel oder Zitzewitz vergeblich gesucht hat. Wenn trotzdem im vergangenen Jahre fast doppelt soviel Familien nach Berlin gezogen, als neue Wohnungen mit Hilfe der Hauszinssteuer und mit städtischen Zuschüssen erbaut werden konnten, so beweist das wohl zur Genüge, daß es andere Kräfte sein müssen, die den unaufhörlichen Zustrom in die Großstadt — nicht nur nach Berlin — bewirken.

Zweifellos gibt es auch auf dem flachen Lande schlechte Wohnverhältnisse, besonders in den ostelbischen Bezirken, wo der Großgrundbesitz vorherrscht und die Entwicklung gesunder Wohnsiedlungen, sowie leistungsfähiger Bauerndörfer verhindert. Aber die arbeitende Bevölkerung der Stadtgemeinden bedankt sich für die Ehre, die Kosten für die Sanierung der Wohnungsmißstände in den Landgemeinden zu bestreiten. Sie hat an ihrem eigenen Wohnungselend schwer genug zu tragen und verlangt mit gutem Recht, daß die von ihr aufgebrachten Mittel in erster Linie dort verbaut werden, wo sie aufgebracht werden. Gewiß muß daneben die Möglichkeit eines Ausgleichs geschaffen werden, weil ja das örtliche Steueraufkommen nicht überall der Größe des örtlichen Wohnungsmangels entspricht. Aber dieser Ausgleich kann natürlich nur stattfinden zwischen den Kreisen, die an der Steueraufbringung beteiligt sind — die Landwirtschaft ist bekanntlich von der Hauszinssteuer frei! — und als Ausgleichsgrundlage kann nicht irgendeine bevölkerungspolitische Wunschtheorie dienen, sondern nur das Maß der wirklichen Not, der tatsächliche Wohnungsbedarf, gemessen an der Fehlsumme zwischen der Zahl der Haushaltungen und den vorhandenen Wohnungen, vermehrt um einen Betrag, der dem regelmäßigen Bevölkerungszuwachs entspricht. Es ist freilich wahr, daß es bisher an zuverlässigen zahlenmäßigen Feststellungen über den Wohnungsmangel gefehlt hat. Diese Lücke dürfte jedoch demnächst durch die im Mai vorgenommene Wohnungs- und Haushaltszählung beseitigt werden, und bis dahin, d. h. bis die Ergebnisse dieser Erhebung vorliegen, sollte man mindestens darauf verzichten, durch tendenziöse Stimmungsmache Maßnahmen zu begünstigen, die sich letzten Endes als weitere Verschärfung des an sich schon schwer erträglichen Wohnungselends der schwer arbeitenden Stadtbevölkerung auswirken müßten.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Beschlüsse des Aeltestenrats.

Der Aeltestenrat des Reichstags, der heute mittag eine Sitzung abhielt, beschloß, auf die Tagesordnung von Mittwoch neben kleinen außenpolitischen Vorlagen das Gesetz über die Aenderung der Rechtsanwaltsordnung und einen mittelstandsretterischen Antrag betreffend den Arbeitsschutz in den Bäckereien zu setzen.

Am Freitag — Donnerstag ist wegen Fronleichnam sitzungsfrei — soll das Gesetz über die Herstellung, Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsgerät und außerdem die Vergleichsordnung zur Vermeidung von Konkursen in erster Lesung beraten werden. Am Sonnabend soll der neue Entwurf eines Schankstättengesetzes und die Beratung der Reichsdienststrafordnung folgen. Weiteres will der Aeltestenrat am Freitag beschließen.

Kommunistische Verkleidungskünste.

Falsche „Funktionäre" der Konsumgenossenschaften.

Unter der Ueberschrift „Kommunistischer Mißbrauch des Ansehens der Konsumgenossenschaften" setzt sich die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau", das offizielle Organ der deutschen Konsumvereine gegen ein Betrugsmanöver der Hamburger Kommunisten zur Wehr. Sie gibt ein Rundschreiben an die Hamburger kommunistischen Parteifunktionäre wieder, in dem es heißt:

Es ist notwendig, zur Vorbereitung der kommenden Wahlen systematisch mit der Sammlung von Adressen solcher Schichten der Bevölkerung zu beginnen, die für unsere Agitation in Frage kommen. Dazu gehören auch die „Echo"-Leser. Wir haben in einem Stadtteil schon mit der Sammlung von Adressen der Namen der „Echo"-Leser sehr günstige Erfahrungen gemacht. Wir wollen jetzt in allen anderen Stadtteilen in entsprechender Weise dies fortsetzen. Folgende Methode hat sich dabei als wirksam erwiesen: In jedem Stadtteil wird eine Gruppe von acht bis zehn Genossen, die zuverlässig sind und für mehrere Wochen bereit sind, keine Mühe zu scheuen, zusammengestellt. Die Betreffenden passen bei den Filialen des „Hamburger Echo" die Zeit der Verteilung ab und versuchen in möglichst unauffälliger Weise und geschickter Art mit bestimmten Austrägern der Zeitung in Verbindung zu kommen. Sie begleiten dieselben und **im Gespräch erklären sie ihnen, daß sie dabei sind, Adressen der „Echo"-Leser zu sammeln, um für die „Produktion" Mitglieder zu werben.** (Selbstverständlich kann man diese Angaben auch ändern.) In dem Stadtteil, wo die ersten Schritte auf diesem Gebiete unternommen worden sind, wurde in dieser Weise verfahren. Man bittet den betreffenden Austräger zur Feststellung der Adressen ihn begleiten zu dürfen. Dabei ist nicht empfehlenswert, bis in die Häuser mit hineinzugehen. Am besten ist es, wenn man sich die Namen der Leser nennen läßt. Bei einiger Zuvorkommenheit wird sich der Austräger zu dieser Gefälligkeit bewegen lassen, besonders dann, wenn er davon überzeugt ist, einen Funktionär der „Produktion" vor sich zu haben. Bewährt hat es sich, für diese Arbeit Frauen zu verwenden, da die Austräger meistens Frauen und Kinder sind und Frauen ihnen gegenüber schneller Vertrauen gewinnen. Die gesammelten Adressen werden straßenweise auf den beiliegenden Listen zusammengestellt und gut aufbewahrt. Von Zeit zu Zeit werdet ihr von uns Materialien erhalten, die an diese Adressen geschickt werden. Unabhängig von dieser Adressensammlung geht selbstverständlich die Sammlung von Adressen der SPD.-Arbeiter weiter, für die selbstverständlich andere Methoden in Frage kommen.

Also unter der Maske eines Genossenschaftsfunktionärs sollen sich die Moskowiter an Angestellte einer anderen politischen Partei heranschleichen und sie zu Pflichtwidrigkeiten zu verleiten suchen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" nennt das „ein hundserbärmliches Verfahren, das strafrechtlich unter den Begriff der Vorspiegelung falscher Tatsachen fällt". Wahrscheinlich werden die Kommunisten nach der Hamburger Hochstaplermethode auch anderwärts zu arbeiten versuchen. Darum Augen auf!

Konflikt mit dem Reichsgericht.

Rechtsanwalt Levi legt die Verteidigung im Fall Stickelmann nieder.

Leipzig, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts begann am Montag ein Landesverratsprozeß gegen den früheren Mechaniker Hermann Stickelmann aus Frankfurt a. M. Stickelmann war im Jahre 1918 Führer einer Marinebrigade in Frankfurt a. M. Er soll zu jener Zeit auch mit französischen Verbindungsoffizieren in engster Verbindung gestanden haben. Diese Beziehungen soll Stickelmann ausgenützt haben und in der Nacht zum 10. Juni 1919 drei junge Leute aus dem Reichsland, die vertrauliche Nachrichten von einer Berliner Dienststelle erhalten hatten, in einem französischen Kraftwagen bei Goldstein über die Okkupationsgrenze befördert und den Franzosen ausgeliefert haben. Diese drei jungen Menschen sind inzwischen in Nancy zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Erst auf Grund einer von Professor Dr. Sinzheimer erwirkten Intervention der Reichsregierung wurden sie nach einem halben Jahre auf freien Fuß gesetzt. Stickelmann will damit nicht das geringste zu tun gehabt haben, er soll selbst empört gewesen sein, daß die drei jungen Leute den Franzosen ausgeliefert worden waren.

Rechtsanwalt Paul Levi als Verteidiger erneuerte seinen Antrag, die in Frage kommenden französischen Offiziere als Zeugen zu laden. Das Gericht lehnte diesen Beweisantrag jedoch ab. Hierauf legte Rechtsanwalt Levi die Verteidigung nieder. Er begründete das damit, daß er schon im Vorverfahren in der Ausübung seines Verteidigeramtes behindert worden sei. Er habe nur in Gegenwart des Untersuchungsrichters mit Stickelmann sprechen können. Die Verhandlung wurde dann auf Freitag vertagt.

Der nationale Block siegt.

Weil die Radikalen nicht für die Kommunisten stimmen wollten.

Paris, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachwahl zur Kammer in Departement Aube hat am Sonntag in der Stichwahl mit dem Sieg des Kandidaten des nationalen Blocks geendet, während der kommunistische Kandidat, der beim ersten Wahlgang die Spitze erreichte, mit 3000 Stimmen in der Minderheit blieb. Der Sieg des nationalen Blocks ist darauf zurückzuführen, daß der frühere Kabinettschef Herriots, Israel, der Führer des radikalen Verbandes des Departements Aube erklärte, er werde lieber für den nationalen Block als für die Kommunisten stimmen, und in der Tat hat auch die übergroße Mehrzahl der Radikalen dieses Beispiel Israels nachgeahmt. Nur etwa 1000 radikale Stimmen fielen zusammen mit den sozialistischen Stimmen auf den Kommunisten, der insgesamt 25 000 Stimmen erhielt.

Gegen das Antistreikgesetz.

Sozialistische Frauendemonstration in London.

London, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend demonstrierten viele tausende Londoner Arbeiterfrauen gegen das Antigewerkschaftsgesetz der Regierung. Der Demonstrationszug, in dem sich Vertreterinnen der sozialistischen Frauen zahlreicher englischer Grafschaften befanden, bewegte sich von der Themse nach dem Hydepark, wo die Führerinnen der sozialistischen britischen Frauenbewegung, die Genossinnen Suson Lawrence und Dr. Marion Philipps Ansprachen hielten. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Arbeiterfrauen erklärten, Schulter an Schulter mit ihren Männern gegen das Antigewerkschaftsgesetz der Regierung zu kämpfen. Die Demonstration war vom Frauenkomitee der Londoner Arbeiterpartei veranstaltet. Das gewerkschaftliche Verteidigungskomitee hat bis 17 Millionen Flugblätter gegen das Antigewerkschaftsgesetz zur Verteilung gebracht.

Wer hat mehr Leser: „Vorwärts" oder — „Rote Fahne"? Genosse Weis hat in Kiel auf die geringe Verbreitung der „Fahne" hingewiesen und damit ihren wundesten Punkt berührt. Darüber tobt sie nun jeden Tag und versucht in komischem Eifer die Sache so darzustellen, als könnte sie sich mit dem „Vorwärts" messen, ja, als überträfe sie ihn gar. Auch mit „Zahlen" kann sie aufwarten, indem sie ein paar Stellen angibt, an denen an einem bestimmten Tage mehr „Fahnen" abgesetzt worden sein sollen als Exemplare des „Vorwärts". Wir wollen nicht untersuchen, ob nicht auch das bloß Schwindel ist. Sicher aber weiß die „Fahne", daß es um sie noch trüber stände, wenn sie nicht wenigstens etwas Straßenverkauf hätte, während der „Vorwärts" seinen Hauptbestand in seinen festen Abonnenten hat, die von mehr als 120 Filialen und Ausgabestellen aus beliefert werden. Sicher weiß sie auch sehr genau, daß sie ihre Auflage um ein Mehrfaches steigern müßte, wenn sie an die des „Vorwärts" herankommen wollte. Und ebenso weiß sie, daß die Arbeiter, die den „Vorwärts" nicht halten, weil sie keinen Stänkereien im Betrieb ausgesetzt sein wollen, nicht die „Fahne" sondern die „Morgenpost" abonnieren — worauf sie auch sofort Ruhe haben. Dennoch wäre die „Fahne" froh, wenn sie die Hälfte der Auflage des „Vorwärts" hätte. Die hat sie nämlich noch lange nicht. Und sie wird sie mit ihren ekelhaften Schimpfereien auch niemals erreichen.

Die Berliner Karikatur der „Prawda", auch „Rote Fahne" genannt, hat mich 1. zum k. u. k. Reserveleutnant befördert, 2. nach Genf transportiert. Dazu sei bemerkt: Zu 1., daß ich es in der k. k. Landwehr gerade noch zum Korporal, also bei weitem nicht so weit gebracht habe wie die ehemaligen königlich preußischen resp. sächsischen Leutnants und jetzigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Dengel und Schneller; zu 2., daß über diese Tagung des Völkerbundrats mein Kollege Wolfgang Schwarz aus Genf berichtet; zu 1., zu 2. und überhaupt, daß mich die „Prawdas" aller Länder in allen Lebenslagen, in Berlin, in Genf, zu Lande, zu Wasser und in der Luft — — V. Sch.

Léon Daudet, der nach seiner Uebergabe ins Gefängnis gebracht wurde, soll zum 14. Juli (französischer Nationalfeiertag) begnadigt werden.

Frühes Erleben.

Von Iwan Heilbut.

Um das Haus, in dem ich geboren bin, ranken sich meine Erinnerungen und spinnen es ein.

Hier hat meine Mutter in Wehen und Aengsten vermutlich geschrien, und hat mich, ihren kommenden Sohn, ersucht, ihr gnädig zu sein.

Hier lag ich einmal schwerkrank im Bettchen und sie weinten um mich. Ich aber war hocherfreut unter allen: Denn von Stunde zu Stunde gab man mir Eis zur Genesung, süßes Eis vom Konditor. Nur um stündlich mein Eis zu haben, bin ich am Leben geblieben.

In diesem unsponnenen Parterre, ja, dort im Verandazimmer, gab ich dem Fräulein Frieda ein Osterei in Verwahrung. Sie muß es in ihren Rock gesteckt und sich draufgesetzt haben — denn als ich mein Osterei wiederverlangte, wars völlig zerbrochen.

Und als einst im Kinderzimmer ein Onkel am Nachmittag schlief, schrie ich sehr um das Nachtgeschirr, das war dort unterm Bett. Um aber den Onkel nicht zu stören, wies man mich an, wie die anderen es machen. Ich hatte große Angst, ins Wasser zu fallen. Aber ich fiel nicht hinunter, und nachher war ich stolz.

Einmal kam eine hübsche Frau durch den Garten, die mir sagte, sie sei meine Amme gewesen. Ich sollte sie deshalb lieb haben und küssen. Aber damals wollte ich das nicht. Ich kann mich heute nur über mich wundern.

In der Laube saß oft zu Besuch ein Onkel, der die Rose hatte. Ich hätte so gern seine Rose gesehen, er wollte sie mir aber niemals zeigen. Dafür hielt er mir seine Uhr ans Ohr, die konnte schlagen, wahrhaftig, wie eine Uhr an der Wand.

Und dort im Gebüsch hat mich mein Bruder gelehrt, mit der Gartenspritze die Leute zu begießen, die auf der Straße vorüberspazierten. Ich lernte das hervorragend gut, die Bewohner der Umgegend erinnern sich meiner noch heute; und ich übte das Handwerk so lange, bis der Strahl einst versehentlich meinen lieben Vater umzischte, der eben im Zylinder von einer Beerdigung kam.

Eine Märchentante erschien Samstags zu Tisch, sie hatte die Art, beim Essen zu schweigen. Sie sah sich schweigend das Essen an, und dann aß sie schweigend. Wenn sie fertig gegessen und geschwiegen hatte, fand sie das Essen schlecht und ging weg. Alle waren über sie empört. Am nächsten Samstag kam sie dann wieder.

Aber eines Tages wurden Tische und Stühle entfernt, unser Zimmer war leer und bekam ein anderes Gesicht. Und ein Mädchen, das beim Ausräumen half, sang ein Lied. Und als ich hinaussah, schien draußen die Sonne. Da wurde ich unvermutet ganz still und erschrak. Ich bin da, dachte ich. Weiter nichts. Und dann plötzlich: Ich lebe. —

Meine Sinne erinnern sich gut all der frühen Dinge, aber sie schweigen gewöhnlich davon. Nur mitunter werden Ohr, Nase und Zunge hell von Erinnerung: ich spüre den frühen Milchgeschmack wieder, und den Duft von Brüsten. Ich höre das Lied, das über uns, dort im ersten Stockwerk, die Musiklehrerin auf dem Flügel gespielt, während ich viereinhalbmonatig still im Wägelchen lag, starren Blicks jene wunderdurchwogte Welt mir bestaunend, die täglich zu mir durch den Vorhang sprang. Und für einen Moment, von dem ich nicht weiß, ob er grau oder selig ist, mit einem Sinn, den ich namenlos nenne, trete ich noch einmal durch eine enge, unendliche, ewige Pforte aus dem Dunkeln ins Licht.

Ist eine Porträt-Karikatur strafbar?

Das Amtsgericht Meißen hat vor einigen Tagen ein Urteil gefällt, das, falls eine verständige Revisionsinstanz es nicht zu allen Teufeln schickt, dem karikaturistischen Schaffen eine Grenze setzt, die das Ende aller Karikatur überhaupt bedeutet.

Die „Volkszeitung für Meißen" hatte vier karikaturistische Porträts führender Persönlichkeiten des Meißener Stadtparlaments gebracht, karikaturistische Porträts wohlgemerkt, wie solche zu Hunderten täglich in deutschen Blättern zu sehen sind, keine Situationskarikaturen etwa, die durch irgendeinen diabolischen Gedanken politisch-oppositioneller Färbung die Möglichkeit eines judikatorischen Rachestrahls herauslocken könnten. Man sah vier lustige Köpfe, nett und witzig gezeichnet, mit einem spaßhaften und im übrigen völlig harmlosen Text versehen. Die vier Meißener Lokalgrößen, die in den vier Köpfen dargestellt waren, fühlten sich beleidigt, klagten, und das Amtsgericht Meißen verurteilte den Verantwortlichen der genannten Zeitung zu 50 M. Geldstrafe.

Alldieweil ein karikaturistisches Porträt, über das man schmunzle, eine Herabwürdigung der Person des Dargestellten sei! Daß in dieser gottvollen Begründung nebenbei erklärt wurde, der karikierte Herr Bürgermeister sei so korpulent dargestellt worden, daß er „den Eindruck eines arroganten, sehr wohlbeleibten Pfarrers" mache, ist ein Detail von äußerstem Reiz: uns soll nicht wundern, wenn jetzt sämtliche wohlbeleibten Pfarrer Deutschlands den Meißener Amtsrichter wegen Herabwürdigung ihrer Person verklagen! Dies geschah zu Meißen, wo just in diesen Tagen der dortige rührige Kunstverein eine Karikaturenausstellung — für Deutschland eine Seltenheit! — eröffnet hat.

Was nun? Sollen die munteren Karikaturisten fortan künstlerische Schönheitsmassage betreiben? Herrn Stresemann unter den Punktroller nehmen? Herrn Hergt die, ach, so zahlreichen Sorgenfalten aus der Stirn streichen? Herrn Marx Riesenformat beilegen? Dem Hitler-Adolf das national-bayerische Sechundsbartgesicht verleihen? Aber dann klagen die womöglich wieder wegen Verbreitung wissentlich falscher Behauptungen, und der Amtsrichter von Meißen hat eine neue Handhabe wider die bösen Karikaturisten, so ihm ein Dorn im Auge.

Doch Spaß beiseite: das Meißener Urteil ist unhaltbar. Juristisch unmöglich, tastet es die Grundrechte der Presse in einer Weise an, die nur allzu leicht Schule machen kann. Bleibt es bestehen, ist so gut wie jede Karikatur fortan eine strafbare Handlung. Das ist schlimm. Die Karikaturisten werden sich scheuen, wirklich charakteristische Porträtkarikaturen zu entwerfen. Das ist noch schlimmer.

Das Schlimmste aber ist, daß das Urteil von Meißen wieder einmal bewies, wie entsetzlich humorlos das amtliche Deutschland ist.

Friedrich Wendel.

Moskau entzieht Schaljapin die Staatsangehörigkeit. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der berühmte Sänger Schaljapin angeblich wegen finanzieller Unterstützung russischer Emigranten der sowjetrussischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden.

Ausschnitt aus der Alltäglichkeit. Paul Schirmer ist ein guter Beobachter menschlicher Schwächen. Das beweist die gestrige Uraufführung seines Possenspiels „Ehrenbürger" im Staatlichen Schillertheater. In das Städtchen Fichtenwalde ist ein Schriftsteller Dr. Philipp zugewandert. Ihm ergeht es etwa so wie einem Preußen in Bayern. Er wird als Eindringling, sozusagen als lästiger Ausländer behandelt. Wie das in solchen Fällen kommt, entbrennt zwischen ihm und dem Kolonialwarenhändler aus nichtigem Anlaß ein Streit, in dem heftige Schimpfworte fallen. Der Beleidigungsprozeß, den Dr. Philipp anstrengt, hält das ganze Städtchen in Atem. Zähneschlotternd sieht sich der Kolonialwarenhändler bereits im Gefängnis. Wochenlang erfüllt ihn nur der eine Gedanke, wie er sich unbeschädigt aus der Affäre winden soll. Noch nie ist er zu seinen Kunden so liebenswürdig gewesen wie jetzt. Er traktiert sie mit Schnaps, mit Wurst, Eiern und anderen Lebensmitteln und bringt ihnen bei dieser Gelegenheit bei, was sie im Termin auszusagen haben. Seine Schuld steht fest und doch wird er im Prozeß freigesprochen. Die Zeugen haben wie ein Mann Stange gehalten. Jubel in der ganzen Stadt. Die begeisterte Bevölkerung bringt ihm einen Fackelzug. Kiebitz, der Kolonialwarenhändler, ist der Held des Tages. Er wird zum Ehrenbürger ernannt. — Eine alltägliche Begebenheit, wie wir sie alle schon erlebt haben, ein Beweis im Kleinen, daß das Leben nicht so einfach ist, wie es scheint. Der Schwank macht keinen Anspruch darauf, literarisch genommen zu werden. Die Stärke des Verfassers liegt in der Zeichnung spaßiger Typen. Das Publikum gerät sehr bald in aufgeräumte Stimmung, vor allem infolge der lustigen Darstellung, für die der Regisseur Emil Rameau eine Reihe hervorragender Schauspieler einsetzt. Den Heiterkeitserfolg des Abends besiegelt der Kolonialwarenhändler des Max Gülstorff, dessen witzige Einfälle sich überkugeln. In seinem Bestreben, um jeden Preis Heiterkeit zu verbreiten, geht er aber zu weit; während ihm im ersten Akt die Angst, verdonnert zu werden, zu einem bemerkenswerten Häuflein Unglück stempelt, benimmt er sich im zweiten Akt, auf der Anklagebank, so frech, ungezogen, dummdreist und pfiffig, daß die Szene nichts Wirklichkeitsähnliches mehr besitzt. Seine Extemporees bringen sogar die Schauspieler aus dem Konzept. Es wäre zu wünschen, daß alle Strafrichter so nachsichtig und verständnisvoll seien, wie der im „Ehrenbürger". Gülstorff hat sich offenbar Max Adalbert (in „Das Ekel") zum Muster genommen, wie überhaupt der gestrige Abend mit dem Reimannschen Schwank manche Aehnlichkeiten aufweist. Auf einen sommerlich leichten Ton hat der Regisseur auch die übrigen Darsteller gestimmt. Paula Conrad, Ernst Kepler, Friedrich Weber, Alexander Kökert und Wolf Trutz stellen famose, gut beobachtete Spießertypen auf die Beine. Einen besonderen Leckerbissen gibt Lucie Höflich als Frau des Kolonialwarenhändlers zu kosten, ein von allen Seiten gehetztes und doch durchaus in der Wirklichkeit stehendes Wesen, eine Mutter Wolffen in Miniaturformat. Dgr.

Bernard Shaw will im kommenden Dezember zum Besuche von Rabindranath Tagore nach Indien fahren.

An der Tagung der internationalen Klubs in Brüssel, die am 19. beginnt, werden als Delegierte des deutschen Klubs Wilhelm von Scholz, der Präsident der Preußischen Dichterakademie und Professor Sänger, der Herausgeber der „Neuen Rundschau", teilnehmen.

Die Mietertagung in Hamburg.

Für Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft. Gegen weitere Mieterhöhung.

Hamburg, 12. Juni. (Eigener Bericht.) Der Bund Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, hielt vom 9. bis 11. Juni in Hamburg seinen 22. Deutschen Mietertag ab. Den Bericht über die Tätigkeit des Bundes im letzten Jahre erstattete der Vorsitzende J. Herrmann-Dresden. Er bedauerte, daß die gesetzgebenden Körperschaften nicht genügend die Rechte der Mieterschaft gewahrt und auch keine hinreichenden Maßnahmen gegen die Wohnungsnot unternommen hätten.

In einem weiteren Vortrag behandelte Rechtsanwalt Groß-Dresden die Frage des Ueberganges in eine neue Wohnwirtschaft. Er betonte, daß eine freie Wohnungswirtschaft solange nicht möglich ist, solange nicht genügend Wohnungen zum Austausch vorhanden sind. Dem Reichstag und der Reichsregierung sei der bittere Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie sich wenige Tage vor Ablauf der beiden Mieterschutzgesetze noch nicht über deren Verlängerung klar geworden sind.

Weiter sprach Justizinspektor **Gerneites**-Marburg über Volksbegehren und Volksentscheid zur Erhaltung des Mieterschutzes. Er wies darauf hin, daß durch die Mieterhöhungen und die vielleicht bevorstehenden Aenderungen in der Mieterschutzgesetzgebung große Unruhe in die Mieterschaft getragen worden sei. Um den dadurch für die Mieter hervortretenden Gefahren entgegenzuwirken, empfiehlt der Redner die Anwendung des Volksbegehrens und Volksentscheides, damit dem Abbau des Mieterschutzes ein Riegel vorgesetzt werde. Da die Mieterschaft die überwiegende Mehrheit des Volkes ausmache, könne ein Volksentscheid in dieser Frage auch erfolgversprechend sein.

Zu diesen Ausführungen nahm Oberlandesgerichtsrat Dr. **Bovensiepen** insofern kritisch Stellung, als er auf die Schwierigkeiten der Durchführung des Volksentscheides hinwies, die sich deutlich bei der letzten Volksentscheidsbewegung zur Fürstenabfindung gezeigt hätten.

Baumeister **Seidler**-Dresden sprach über das Thema: „Was wird aus der Aufwertungssteuer?" Der Redner zeigte verschiedene Wege zur gerechten Lösung dieser Frage auf und forderte zwei Reichsrahmengesetze, von denen das eine die Anteile ablöst, die jetzt die Länder und Gemeinden aus der Aufwertungssteuer erhalten, während das andere Gesetz die zur Förderung des Wohnungsbaues erforderlichen Mittel in ausreichender Höhe sicherstellen müßte. Das eine Gesetz würde die Einführung der reinen Grundwertsteuer und das andere die Einführung einer Wohnungsbauabgabe voraussetzeen.

Am Schluß der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, „die die **Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Bindung der Raumwirtschaft** fordert, bis das Angebot auf dem Wohnungsmarkt die Nachfrage übersteigt und ein genügender Vorrat an Leerwohnungen, mindestens 3 Proz. für hygienisch einwandfreie gesunde Klein- und Mittelwohnungen, vorhanden ist." In einer weiteren Entschließung wird betont, „daß der Abbau des Mieterschutzes und die Ueberschreitung der Friedensmiete, über die unter keinen Umständen hinausgegangen werden durfte, verhängnisvolle Rückschritte gegenüber der zu fordernden sozialen Wohnungspolitik, die Auslieferung der Mieter in eine Zwangswirtschaft der Vermieter und eine unerträgliche Belastung unserer Gesamtwirtschaft bedeuten." Der Bund deutscher Mietervereine ist entschlossen, seine Abwehr zu verschärfen, wenn die Regierung den in den letzten Jahren beschrittenen Weg weiter gehen sollte. Zu diesem Zwecke wurde der Bundesvorstand beauftragt, sich mit allen wesensverwandten Großorganisationen der Arbeitnehmer, Kleingärtner, Bodenreformer, Kriegsbeschädigten usw. in Fühlung zu setzen, um eine gemeinsame große Plattform für den weiteren Kampf zu schaffen.

In einer Entschließung über die Aufwertungssteuer wird der „Abbau der Aufwertungssteuer (Hauszinssteuer) zugunsten der Hausbesitzer unter allen Umständen als eine unerträgliche Ungerechtigkeit abgelehnt." Befürwortet wird dagegen eine Neuregelung, die für das gesamte Reichsgebiet gilt und jede weitere Mietzinserhöhung unterbindet. Vorgeschlagen werden dafür zwei Rahmengesetze: 1. ein Reichsgesetz über eine reine Grunderwerbssteuer, welche den Ländern und Gemeinden die Mittel für ihren allgemeinen Finanzbedarf bringt, 2. ein Reichsgesetz über eine Wohnungsbauabgabe, die die zur Förderung des Wohnungsbaues erforderlichen Mittel auf zunächst mindestens 10 Jahre sicherstellt, unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen, z. B. Erwerbslosen, Kriegs- und Sozialrentner, Kinderreichen, Kleinhausbesitzer usw.

Am Sonnabend fand noch eine geschlossene Tagung statt, in welcher der Bericht des Vorstandes bzw. des Bundesschatzmeisters gegeben und die Wahlen des Vorstandes vorgenommen wurden.

Die Tragödie auf dem Finanzamt.

Der Fall Hackbusch vor dem Schwurgericht.

Unter sehr großem Andrange des Publikums begann heute früh vor dem Schwurgericht des Landgerichts II, unter Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Bockenheimer der mit großer Spannung erwartete Totschlagsprozeß gegen den Kaufmann Paul Hackbusch, der angeklagt ist, vorsätzlich aber ohne Ueberlegung seinen **11½jährigen Sohn Rolf, sein einziges Kind, durch einen Kopfschuß getötet** und zugleich einen Totschlagsversuch an dem damaligen Obersteuersekretär, inzwischen zum Steuerinspektor beförderten, Karl Hesse vom Finanzamt Neukölln, verübt zu haben.

Der Prozeß erregt dadurch so großes Interesse, weil im Hintergrunde die alle Welt bewegende Frage steht, wie die Steuerpflichtigen von den Beamten der Finanzämter behandelt werden. Nach der Darstellung des Angeklagten handelt es sich um einen Verzweiflungsakt eines von der Steuerbehörde zu Unrecht drangsalierten Menschen. Der Angeklagte Hackbusch, der seit längerer Zeit wieder aus der Haft entlassen worden ist, steht im 49. Lebensjahre. Er ist ein großer, kräftig gebauter Mann mit nervösen, stark zermürbten Gesichtszügen, und seine Gemütsstimmung ist eine sehr gedrückte. Die Geistesverfassung des Angeklagten wird in der Verhandlung eine wesentliche Rolle spielen. Deshalb sind auch nicht weniger als vier medizinische Sachverständige geladen worden. Um einen Einblick in die Gemütsverfassung des Angeklagten zu bekommen, ging der Vorsitzende sehr genau auf die Jugend und das ganze Vorleben des Angeklagten ein. Nach seiner Dorfschulzeit und der kaufmännischen Lehre ist er schon frühzeitig, etwa 1899, nach Ostasien gegangen, hat verschiedene Stellungen in Sibirien innegehabt und sich selbständig gemacht. Auf einer Urlaubsreise hatte er in seiner mecklenburgischen Heimat seine Frau, die Mutter des erschossenen Knaben, 1912 geheiratet. In Jakutsk in Ostsibirien wurde 1915 Rolf geboren. Damals war die Familie infolge des Krieges dorthin verschickt worden. Erst 1921 kam Hackbusch wieder aus der sibirischen Gefangenschaft heraus. Mit einer großen Schuldenlast kehrte er im Juni 1923 mit seiner Familie nach Deutschland zurück und hatte mit einem Exportgeschäft nach China auch hier Pech. Schließlich übernahm er im Januar 1925 die Leitung eines Unternehmens seines Bruders Wilhelm, der Betriebsdirektor einer Telephonfabrik war und nebenher für seine beiden Söhne eine kleine Fabrik zur Herstellung von Kopfhörern errichtet hatte. Die Schicksalsschläge und Mißerfolge entwickelten in dem Angeklagten eine schwere seelische Depression, zumal, da er mit den Söhnen seines Bruders, die nach seiner Ansicht eine leichte Lebensauffassung hatten, schwer zusammen arbeiten konnte. Bei dieser Verfassung wurde er besonders noch gereizt, als das Finanzamt mit Steueransprüchen kam. Als er sich auf dem Finanzamt am Alexanderplatz, das für die Steuersachen seines Bruders maßgebend war, erkundigte, welchen Weg er nun zu beschreiten habe, um nochmals eine Buchprüfung zu erhalten, sei ihm, so erklärte der Angeklagte, von dem Obersteuersekretär kurz erwidert worden, er sei doch nicht sein Steuerberater. Mehrfach habe er mit dem Buchprüfer Hesse verhandelt, aber immer ohne Ergebnis.

Die Abfallreste einer Großstadt.

Wie neue Geschäftszweige entstehen.

Die Veränderung der Bedarfswirtschaft nach dem Kriege hat im großen wie im kleinen viele neue Arten des Erwerbs und der Verdienstmöglichkeiten geschaffen. Aus dem Aufruf zum Sammeln von Küchenabfällen und Kartoffelschalen, dem die Frauen während der Kriegsjahre nachkamen, hat sich ein ständiges Gewerbe gebildet, das heute den Charakter der Nothilfe entbehrt. Während der offenen Markttage rückt an die belebtesten Zugangsstraßen ein großer Motorlastwagen, der gegen eine kleine Menge von Kleinholzschnitt riesige Mengen von Kartoffelschalen einsammelt. Emsig sieht man die Hausfrauen zu diesen Wagen pilgern, wo sie ihre Markttaschen hinaufreichen, um für ihre Schalenabfälle eine Handvoll Kleinholz zum Feueranmachen in Empfang zu nehmen. Schon nach einigen Stunden sind Wagen und Anhänger gefüllt und das Geführt rückt nunmehr bei den Berliner Molkereien vor, die die Ware als Futterstoffe ankaufen. Diese Unternehmen haben sich bereits zu einem Verband zusammengeschlossen, um sich nicht untereinander Konkurrenz zu machen.

Wenig bekannt wird es sein, daß **die Abfälle in den größeren Restaurants sehr genau auf ihren Wert sortiert und verkauft werden.** Die Abfälle zu verwerten ist meist ein Privileg des Küchenchefs oder des ersten Kochs; es ist ihm ausdrücklich das Recht auf die Abfälle in seinem Anstellungsvertrag vermerkt. Seifenfabriken sammeln hier Fettreste, Knochenmühlen kaufen die Knochen, um daraus Futterstoffe oder Dünger herzustellen; chemische Fabriken sind bei dem Konditor auf die unverwendbaren Eidotter abonniert, die säuberlich getrocknet zu Lezithinfabrikaten verarbeitet werden. **Einige Putzmacherinnen und Kürschner beziehen aus dieser Quelle Federn und Pelzwerk;** von Vogelarten mit schönen Federn seien nur die Fasanen, Birkhühner, wilde Enten, Rebhühner und Wachteln genannt. Aehnlich werden auch die **Abfälle der Schlachthäuser und der Schlächtereien ausgenutzt.** Hier hat sich eine ganze Industrie gebildet, die sich um die Abfallbrocken streiten. Borsten, Blut, Knochen, Haare und Felle bilden ja die Aufbaustoffe für eine große Zahl von Gewerben; man braucht nur auf die Leimfabriken hinzuweisen. Aber auch in den **Abwässern** dieser genannten Anstalten sind wichtige Stoffe enthalten, deren Einsammeln und Absangen sich lohnt. Durch Behandlung mit Chemikalien werden dem Wasser Fette und Salze entzogen und irgendein Produkt mit einem volltönenden Namen feiert dann im Laboratorium seine fröhliche Auferstehung.

Ganz anders wie in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande werden in der Großstadt auch die sonstigen Abfälle der menschlichen Wirtschaft gesammelt und ausgewertet. Hauptsächlich ist es wieder die Zweckfrage, die den Menschen in den Städten nicht hat ruhen lassen, in den Fabriken und großen Industrien die Berge aus Asche und Koksschlacke auf eine Art zu beseitigen, daß sie auf verengtem Raum nicht hinderlich werden. Und siehe da, der Aufwand an Mühe hat sich gelohnt: **In Schmelzöfen feiert die Steinkohlenschlacke ihre Auferstehung als Berliner Pflasterstein.**

Interessant ist es auch, einen Blick in den Gang der Auflösung größerer Wirtschaftsgegenstände, wie Möbel, Kleidungsstücke usw. zu tun. **Alte Kleider und Möbel gehen meist erst durch drei und vier Hände, ehe sie der vollständigen Auflösung verfallen.** Zwischenstationen auf diesem Wege sind die städtischen Leihhäuser und Auktionskammern. Hier kaufen Händler und Privatleute das noch Brauchbare und führen es minderbemittelten Familien zu, die den Gegenständen noch einmal ihre Zweckbestimmung verleihen. Vielleicht trägt dann ein Bettler an vierter und fünfter Stelle noch einmal den defekten Rock, ehe dieser mit ihm den Kreislauf aller Dinge beschließt. Ein festes und organisiertes Gewerbe hat sich aus dem Einsammeln solcher Abfälle aus dem Haushalt gebildet, es ist dies die Zunft der Lumpensammler oder Produktenhändler, wie sie sich stolz auch nennen. Papier und Lumpen sind auch jetzt noch begehrte Artikel, ebenso Metalle. Nur unterstehen sie allzu sehr den Kursschwankungen an der Börse als Rohbedarf, was zur Folge hat, daß der kleine Händler sich oft um den geringen Tagesverdienst betrogen sieht.

Die Menge des häuslichen Abfalls beträgt statistisch festgestellt pro Kopf und Jahr etwa 50 Kilogramm. Welche ungeheure Berge von Abfall würden um große mitteleuropäische Städte entstehen, wenn sich der Mensch nicht auf praktische Art zu helfen wüßte! Das Wohnen in einer Stadt der Flachebene wie Berlin wäre dann unerträglich und undenkbar. Rechnet man nur 0,35 Kubikmeter, so würde für Groß-Berlin doch ein Haufen von 1 400 000 Kubikmeter entstehen, der ausreichen würde, den Berliner Tiergarten vollständig zuzudecken. Diese Masse von Abfall wird also von vielen Menschen buchstäblich auseinandergekratzt und einer weiteren Bestimmung zugeführt.

So erfüllen sich selbsttätig die Gesetze der Gesundheitspolizei. Die Städte in den Ländern, die nicht eine solche entwickelte Bedarfswirtschaft haben, z. B. die Morgenländer, sind dafür bekannt, daß Schmutz und Krankheitsherde ihr Charakteristikum bilden. Das ist die gegenständliche Wirkung einer vernachlässigten Verwertung der Abfallprodukte.

Immer noch das amerikanische Bauprojekt.

Eine Denkschrift von Stadtbaurat Dr. Wagner.

Die Entscheidung über das amerikanische Bauprojekt, das sich nach den neueren Angeboten auf den Bau von jetzt 9000 Wohnungen auf verschiedenen Terrains in Wilmersdorf, Treptow und Spandau erstreckt, ist im Magistrat bisher immer noch nicht erfolgt. Wie jetzt bekannt wird, hat Stadtbaurat Dr. Wagner eine Denkschrift ausgearbeitet, die für die Magistratsmitglieder bestimmt ist und nochmals alle Vorteile der amerikanischen Angebote zusammenfaßt. Diese Denkschrift, die nur dem Magistrat für den Dienstgebrauch zugänglich gemacht worden war, ist durch eine Indiskretion zum Teil in die Oeffentlichkeit gelangt. Ueber ihren tatsächlichen Inhalt wird aber vom Magistrat nach wie vor Stillschweigen gewahrt. Der Magistrat hat im übrigen der Deputation für das Wohnungs- und Siedlungswesen, die in erster Linie für derartige Projekte zuständig ist, nunmehr die Entscheidung zugeschoben. Da der Vorsitzende dieser Deputation, Stadtrat Wutzky, am morgigen Dienstag von seinem Urlaub zurückkehrt, ist zu erwarten, daß die Beratungen nunmehr wieder aufgenommen werden.

Dem Magistrat ist neuerdings auch ein Bauprogramm von der Firma Schrobsdorff, die bekanntlich die Bebauung des Scheunenviertels ausführen will, unterbreitet worden. Sie hat vorgeschlagen, 10 000 Wohnungen in Berlin ohne Inanspruchnahme der Hauszinssteuer zu bauen. Die spezialisierte Ausarbeitung des Angebots hat sich aber durch die mißliche Lage auf dem Geldmarkt infolge der Kursrückgänge an der Berliner Börse, die die Beschaffung erststelliger Hypotheken außerordentlich erschwert, verzögert.

Polizei und Einbrecher.

Nächtliches Feuergefecht in der Heerstraße.

Die einsam gelegenen Villengrundstücke an der Heerstraße waren in der vergangenen Nacht der Schauplatz wiederholter Schießereien zwischen Polizeibeamten und einer Einbrecherbande.

Gegen 1 Uhr kam der Kaufmann Kurt Rosenthal, der Besitzer der Villa Kranzallee 3, mit seiner Familie nach Hause. Er entdeckte, daß Einbrecher dagewesen, beim Herannahen der Familie aber entflohen waren. Auf Anruf entsandte das 123. Polizeirevier in Charlottenburg zwei Beamte, die das Grundstück absuchten. Sie fanden keine Einbrecher mehr, wohl aber einige Sachen, die die Verbrecher auf der Flucht im Stiche gelassen hatten. Beim Absuchen des Hinterlandes sahen die beiden Beamten die Verbrecher, drei Mann, plötzlich wieder auftauchen, als sie versuchten, den Zaun zwischen den Gärten der Grundstücke Heerstraße 86 und 87 zu überklettern. Haltrufe erwiderten die Flüchtenden sofort mit mehreren Schüssen. Die Beamten schossen wieder. Zur Verstärkung riefen sie jetzt das Ueberfallkommando und die Kriminalpolizei des 132. Reviers. Das gemeinsame Absuchen stöberte die Einbrecher am Ende der Kranzallee noch einmal auf. Sofort griffen die Verfolgten wieder zu den Pistolen und gaben etwa 20 Schüsse ab, ohne zu treffen. Auch die Erwiderung des Feuers durch die Beamten blieb anscheinend erfolglos. Die Verbrecher erreichten eine Laubwaldschonung und dort ging ihre Spur verloren. Die Entkommenen können nur flüchtig beschrieben werden. Zwei sind mittelgroße junge Burschen von etwa 20 Jahren, der dritte ist etwa 10 Jahre älter und etwas kleiner.

Wie die weiteren Feststellungen auf dem Gelände ergaben, sind sie wahrscheinlich zunächst in das Haus Heerstraße 87, einen Neubau, eingedrungen, der erst seit 14 Tagen bewohnt ist. Während die Bewohner im Obergeschoß schliefen, stahlen sie im Untergeschoß ¾ Zentner Silbersachen, die später in zwei Kopfkissenbezügen verpackt im Garten des Grundstücks Nr. 86 wiedergefunden wurden. Wahrscheinlich hatten die Verbrecher diese Beute dort einstweilen niedergelegt, um sie nach dem Besuch anderer Grundstücke auf dem Rückwege mitzunehmen. Die Ueberraschung aber hatte zur Folge, daß sie mit leeren Händen abziehen mußten.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern nacht am Kottbusser Tor unmittelbar am Hochbahnhof. Der 19jährige Maschinenarbeiter Willi Bartfeld aus der Manteuffelstraße 95 **wurde beim Ueberschreiten des Fahrdammes, wie es heißt infolge** eigener Unvorsichtigkeit, von einer Straßenbahn der Linie 154 erfaßt und überfahren. B. wurde mit schweren inneren Verletzungen durch die Feuerwehr in das Urbankrankenhaus gebracht, wo er kurz nach der Einlieferung an den Folgen seiner Verletzungen starb. — Vor dem Hause Blücherstraße 50 stießen gestern nacht zwei Autodroschken mit großer Wucht zusammen. Drei Fahrgäste und der Führer des einen Wagens zogen sich Verletzungen zu. Während zwei von ihnen nach Anlegung von Notverbänden auf der nächsten Rettungsstelle entlassen werden konnten, mußte der Führer Willi B. aus der Emser Straße in Neukölln und der Schmiedemeister Albert M. aus der Fruchtstraße mit Kopf- und inneren Verletzungen in das Urbankrankenhaus geschafft werden.

„Politik oder Geschäft? — Bilanz deutschnationaler Versprechungen", ist das Thema der heutigen öffentlichen Versammlung, die die Kameradschaften Westen I und II des Kreisvereins Tiergarten im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Charlotten-Schule, Steglitzer Str. 29 veranstalten. Es sprechen: Staatsminister a. D. Wolfgang Heine und Dr. Mischler, 2. Kreisführer des Reichsbanners Tiergarten. Der Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei ist eingeladen und einem Redner sind 20 Minuten Redezeit zugesagt worden. Republikaner, erscheint in Massen! Eintritt 30 Pf.

Künstlerische Puppenspiele finden für die Kleinen während der Kindertage im Warenhaus H. Joseph u. Co., Neukölln statt. Eintritt kostenlos.

Die Kindermörderin Hagedorn.

Zeugenvernehmung in Duisburg.

Duisburg, 14. Juni. (Drahtbericht.) Heute begann im Mordprozeß Hagedorn die Zeugenvernehmung. Rektor und Seelsorger stellen der Mörderin ein gutes Zeugnis aus. Auch eine frühere Freundin Käte Hagedorns, die sich mit ihr um eine Stellung beim Film bewarben hatte, kann nichts Ungünstiges berichten. Eine Frau Erkens hat beobachtet, wie die Mörderin mit ihren Opfern zum Dickelsbach ging. Sie sei so rasch dem Walde zugeschritten, daß es auffällig war und der kleine Friedel Schäfer kaum folgen konnte. Erschütternd ist die Aussage des Arbeiters van de Hand, der die Leichen der ermordeten Kinder als erster entdeckte: **„Nicht weit vom Waldrand," sagt er, „fanden wir einen Haufen Gras, aus dem ein steifes Kinderärmchen ragte. Und dann sahen wir durch das Gras das blutige Gesicht eines kleinen Mädchens."**

Als Frau Schäfer, die Mutter des ermordeten Jungen, in Trauerkleidern im Gerichtssaal erscheint, bedeckt Käte Hagedorn ihr Gesicht und weint vor sich hin.

Deutscher Geflügelzüchtertag.

Vom Wetter gerade nicht begünstigt, begann am Sonnabend der Deutsche Geflügelzüchtertag mit einer Führung durch den Zoologischen Garten. Teilnehmer waren in großer Zahl erschienen und als am Sonntagmorgen die Vollversammlung im Marmorsaal stattfand, war dieser bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch waren Ehrengäste und Vertreter der Behörden in Mengen erschienen, dennoch vermißte der Leiter der Versammlung, wie er besonders hervorhob, einen Vertreter des Magistrats der Stadt Berlin. Wie dem auch sei, auf jeden Fall nahmen die üblichen Begrüßungsansprachen eine volle Stunde in Anspruch, was etlichen Zuhörern, in Anbetracht der reichen und vor allen Dingen sehr lehrreichen Tagesordnung, des Guten etwas zu viel erschien.

Oberregierungs- und Landesökonomierat Dr. Gerriets vom Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sprach über die Bedeutung der Geflügelerzeugnisse im deutschen Wirtschaftsleben und legte recht eindringlich den Züchtern klar, daß ihre Arbeit von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist und unbedingt sein muß, man müsse fragen: „Was wünscht der Verbraucher?" Ferner bat er, nicht so auf die Schönheit, als auf die Leistungsfähigkeit der Tiere zu sehen. Prof. Dürigen, von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, den Geflügelzüchtern ein alter Bekannter, sprach von dem Anteil der wissenschaftlichen Forschung an der Hebung der deutschen Geflügelzucht und Regierungsrat Dr. Beller vom Reichsgesundheitsamt, ein jüngerer Wissenschaftler, sprach aus eigenen Erfahrungen über Küchenaufzucht und Küchenkrankheiten und betonte, daß auf jeden Fall die Gesundheit des Tieres noch vor der Leistungsfähigkeit rangieren müsse. Kleintierzuchtdirektor E. Schmidt, von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin, sieht in Leistungsprüfungen ein Mittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Geflügelzucht. Die Forderungen der dann noch sprechenden neun Redner wurden als Entschließungen formuliert.

Zum Verbandstag der Holzarbeiter.

Der Deutsche Holzarbeiterverband, der in dieser Woche in Frankfurt a. M. seinen 15. Verbandstag abhält, war von jeher einer der festgefügtesten Verbände unter den deutschen Gewerkschaften, der über einen vorzüglichen Stamm von Mitgliedern und über vorbildliche Einrichtungen verfügte. Nur so war es ihm möglich, das Krisenjahr 1926 ohne Erschütterungen zu überstehen. Das 246 Seiten umfassende Jahrbuch für 1926 gibt ein anschauliches Bild davon, welche starke Belastungsprobe die Organisation im Vorjahre zu bestehen hatte. Mit 72 000 erwerbslosen und 63 300 kurz arbeitenden Mitgliedern von insgesamt 297 511 Mitgliedern ging der Holzarbeiterverband in das Jahr 1926 hinein. Die Zahl der erwerbslosen Verbandsmitglieder stieg bis zum Februar 1926 auf 94 335 = 32,72 Proz. der Gesamtmitgliederzahl und die der Kurzarbeiter im Monat Januar auf 71 352 = 24,52 Proz.

Aus den Statistiken ergibt sich, daß

die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie

bedeutend größer war als in allen übrigen Industrien. Die Hauptursachen dieser katastrophalen Arbeitslosigkeit sind der daniederliegende Wohnungsbau verbunden mit der Rationalisierung, der Leistungssteigerung der Betriebe, der erhöhten Arbeitsintensität und auch die größere Zahl von Holzarbeitern als in der Vorkriegszeit. Die Unternehmer benutzten diese Periode der wirtschaftlichen Depression, um eine Konjunkturpolitik schlimmster Art zu treiben. Fast auf der ganzen Front begannen sie mit einer rücksichtslosen Lohnabbauoffensive und scheuten sich zum Teil auch nicht, unter offensichtlichem Bruch bestehender Verträge und der Androhung von Entlassungen, die Löhne zu diktieren. Die Unternehmer kündigten zu Anfang des Berichtsjahres 94,5 Proz. aller Lohntarife für insgesamt 299 236 Beschäftigte. Neue Lohntarife wurden nur für 96 154 Personen abgeschlossen. Für 62 880 Personen konnte der vor der Kündigung bestehende Tariflohn wieder festgelegt werden, für 33 165 Personen mußte ein Abbau der Tariflöhne um 2 bis 5 Pf. vereinbart werden. Der größte Teil der Mitglieder zog einem Abbau der Tariflöhne den tariflosen Zustand vor, so daß am Schluß des Berichtsjahres nur für etwas mehr als ein Drittel der unter Vertrag arbeitenden Mitglieder Tariflöhne bestanden.

Ebenfalls gekündigt wurde von den Unternehmern eine Anzahl von Manteltarifen, von denen ein Teil auch nicht wieder neu abgeschlossen wurde. Es bestanden am Schlusse des Berichtsjahres 219 Tarifverträge für 228 430 Beschäftige gegenüber 250 Verträgen für 313 495 Beschäftigte am Schlusse des Jahres 1925.

Trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse war die Organisation stets bemüht, die Angriffe der Unternehmer auf die Errungenschaften der Arbeiter abzuwehren. So wurden insgesamt

312 Abwehr- und 24 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung

geführt, an denen 152 272 Personen beteiligt waren. Statistisch erfaßt wurden 94 Streikbewegungen, von denen 18 Angriffsstreiks, 57 Abwehrstreiks und 19 Aussperrungen waren. Von den 18 Angriffsstreiks wurden 12 mit Erfolg beendet; von den 57 Abwehrstreiks hatten 20 einen vollen und 21 einen teilweisen Erfolg. Bei den 19 Aussperrungen konnten in 9 Fällen die Angriffe der Unternehmer voll und in 8 Fällen teilweise abgewehrt werden. An Kosten erforderten die Streiks und Lohnbewegungen 453 576 Mark, davon für Streiks und Aussperrungen 422 483 Mark. Obwohl der Umfang der Lohnkämpfe gegenüber den Vorjahren geringer war, fallen die dafür verausgabten Summen um so mehr ins Gewicht, als für die Unterstützung der erwerbslosen Verbandsmitglieder so erhebliche Mittel ausgeworfen werden mußten. Von den gesamten 8 647 474 M. betragenden Ausgaben des Verbandes entfallen allein auf die

Arbeitslosenunterstützung 4 414 273 Mark.

Infolge dieser ungeheuren Belastung ist es verständlich, wenn die Einnahmen des Verbandes, die 7 445 468 M. betrugen, hinter den 9 480 265 M. betragenden Ausgaben um 1 202 005 M. zurückblieben.

Die ungeheuer schlechte Arbeitsmarktlage spiegelt sich auch wider in der Beitragsleistung. Trotzdem sich der Durchschnittsbeitrag von 75 Pf. im Jahre 1925 auf 91,8 Pf. steigerte, ging die Zahl der durchschnittlichen Wochenbeiträge pro Mitglied von 9,7 auf 7,1 im Berichtsjahre zurück. Eine solche schwere wirtschaftliche Depression konnte auch nicht spurlos an der Mitgliederbewegung vorübergehen. Die Mitgliederzahl sank von 297 511 auf 266 055, also um 31 456 = 10,5 Proz. Hier sind es besonders die kleineren Branchen, die einen starken Mitgliederverlust aufweisen, während der Stamm der Mitglieder unerschüttert geblieben ist.

Der Mitgliederbestand der Jugendlichen konnte erfreulicherweise gehalten werden. So schmerzlich der Verlust an Mitgliedern an sich ist, so fest kann man aber der Ueberzeugung sein, daß der Holzarbeiterverband die Scharten, die ihm das Vorjahr geschlagen hat, bald wieder auswetzen wird. Der Wiederaufstieg in diesem Jahr ist bereits unverkennbar.

Der Holzarbeiterverband hat jedenfalls alles getan, um seine Mitglieder in einer Zeit der rücksichtslosen Angriffe der Unternehmer vor Schaden zu bewahren. Wenn ihm das nicht immer gelang, waren eben die Verhältnisse stärker als der Wille der Organisation. Ohne die starke Organisation, wie sie der Deutsche Holzarbeiterverband darstellt, wären nicht so viele Lanzen der Unternehmer zersplittert worden.

Bundestag der Reichszollbeamten.

Der Bund Deutscher Reichszollbeamten E. V., Berlin, der etwa vier Fünftel der deutschen Zollbeamtenschaft organisiert, hielt in den Tagen vom 10. bis 12. Juni 1927 seinen 27. ordentlichen Bundestag in Köln ab. Zu der Vollversammlung am Eröffnungstage waren Vertreter des Ministeriums und der Reichsfinanzbehörden sowie einige Abgeordnete anwesend.

Aus dem Jahresbericht des 1. Bundesvorsitzenden ergab sich vor allen Dingen, daß die Zollbeamtenschaft seit 1920 unverdient unter der übrigen Beamtenschaft zurückgesetzt sei. Er stellte besonders heraus, daß die Grenzablösungsfrage eine Schicksalsfrage der Reichszollverwaltung sei, weil es sich mit den Belangen der Verwaltung nicht vertrage, daß die später im inneren Dienst zur Vollstreckung der Zoll- und Verbrauchssteuergesetze berufenen Grenzbeamte sieben und mehr Jahre an der Grenze zubringen und dort körperlich und geistig verkümmern. Gesagt werden müsse auch, daß die Zollbeamten im Innendienst vollkommen unterbewertet seien.

In der Debatte kamen die verschiedensten Vertreter der Zollbeamtenschaft aus allen Teilen Deutschlands zu Wort, unterstrichen die Ausführungen ihres 1. Bundesvorsitzenden und erweiterten diese in ihren einzelnen Abschnitten durch Schilderungen aus dem praktischen Dienst unter Vorbringen einzelner Beispiele.

Im übrigen war der Bundestag ausgefüllt mit Ausschußsitzungen, die reiches Material zu verarbeiten hatten.

Den Abschluß des Bundestages bildete eine öffentliche Kundgebung am Sonntag vormittag, bei der der Schriftleiter Dr. Vogt, Berlin, über das Thema „Der Zollbeamte in der Wirtschaft" und der Universitätsprofessor Dr. Friedrich Hoffmann, Münster, über das Thema „Der Wandel in Handels- und Zollpolitik" sprachen.

Nach diesen Vorträgen betonte der 1. Bundesvorsitzende, daß die Zollbeamtenschaft mit Recht die Hoffnung haben könne, in der neuen Besoldungsordnung nicht mehr das Stiefkind zu sein, wenn man die großen Aufgaben betrachtet, die sie durchführe und in Zukunft noch durchzuführen habe. Damit war die machtvolle Kundgebung, der zahlreiche Behördenvertreter, Reichstagsabgeordnete, Angehörige der Presse und Wirtschaft beiwohnten, geschlossen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Annahme der Krankenversicherung für Landarbeiter.

Genf, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitskonferenz hat am Montag abend das zweite Abkommen über Krankenversicherung, das für Landarbeiter, das nahezu wörtlich mit dem für Industriearbeiter übereinstimmt, aber zur Erleichterung der Ratifikation als besonderes Abkommen ausgearbeitet wurde, durchberaten und mit 72 Stimmen angenommen.

Bergarbeiter-Demonstrationsstreik in St. Etienne.

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter von St. Etienne sind am Montag morgen in den Streik getreten, weil am Sonntag anläßlich der Jahrhundertfeier für die Einweihung der ersten Eisenbahn in Frankreich der Generalsekretär der unitarischen Bergarbeitergewerkschaft wegen Störung der Feierlichkeit verhaftet worden war.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52
Vom 14. bis 16. Juni
Mensch unter Menschen (2. Teil)
Bühnenschau
— Jugendliche haben Zutritt —

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 14. bis 16. Juni Gunnar Tolnaes in
Das verlorene Glück
ferner: „Auch klagt das Lied vom braven Mann"
Bühnenschau

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 14. bis 16. Juni
Das Meer
Dazu: Noch klagt das Lied vom braven Mann

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 48
Vom 14. bis 16. Juni
Gunnar Tolnaes: Das verlorene Glück
Ferner: Der Sieg der Jugend
Bühnenschau

Nachruf.

Am 10. Juni verstarb nach einer Operation plötzlich unsere Angestellte Fräulein

Luise Schlag

im 28. Lebensjahre. Wir verlieren in der Verstorbenen eine fleißige, pflichtgetreue Angestellte und Kollegin, deren Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Bln.-Schöneberg, den 14. Juni 1927.

Vorstand, Verwaltung, Betriebsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Verwaltungsbezirk XI der Stadt Berlin (Schöneberg-Friedenau).

Wer probt, der lobt! Vorzügliche Natur-Butter 1.50 und 1.60 pro Pfund.
Wegner, Berlin SO, Mariannenstraße 34

Krause-Pianos zur Miete
W 30, Ansbacherstr. 1

Quedlinburg
die alte schöne Stadt
Kostenlose Auskunft d. Verkehrsamt.

Alles was Ihr Kind braucht finden Sie bei uns in riesiger Auswahl!

Kinder-Tage

Im 3. Stock Künstler-Puppenspiele vorm. 11—1 nachm. 4—6
Zutritt für Kinder nur in Begleitung Erwachsener! Karten gratis im I. Stock an Kasse 5

Alle Waren sind von bester Beschaffenheit und märchenhaft billig!

Kinderstrümpfe
Kinder-Strümpfe Seidenil, versch. Größ., Paar 0.85
Kinder-Sport-Strümpfe elegante Muster
Größe 3 4 5
0.95 1.05 1.15
Größe 6 7 8
1.25 1.35 1.45
Kinder-Strümpfe schwarz, led. und moderne Farben, gute bewährte Qualität Gr. 1 0.55
jede weitere Größe 10 Pf. mehr
Kinder-Söckchen große Auswahl, enorm billig.

Kindertrikotagen
Kinder-Hemdhosen ½ Arm-Länge 65—70 . Stück 0.95
Kind.-Schlüpfer Kunstseide, 2. Wahl Stück 1.25
Kinder-Sporthemden gestreift Zephir Länge 60 70 80
1.75 2.00 2.25
Kinder-Pullover Baumw. meliert . Gr. 1 1.95
jede weitere Größe 20 Pf. mehr

Kinderschürzen
Mädchen-Hänger aus Zephir, mit karierten Rock Größe 40 cm 95 ₰
jede weitere Größe 15 ₰ mehr
Mädchen-Hänger gestreift, mit Blenden garniert Größe 40 cm 68 ₰
Jede weitere Größe 15 ₰ mehr
Knaben-Schürze einfarbig, mit großer Spieltasche Größe 40 cm 50 ₰
Jede weitere Größe 13 ₰ mehr

Mädchen-Hüte
für jed. Alter in Seide, Borte etc.
95 ₰ 1.95 2.95
Wasch-Südwester für Kinder, aus gutem Piquéstoff 95 ₰

Wasch-Sportanzug für 9—12 Jahre in kovercoat und anderen Waschstoffen, 7.50 5.90
Kinderkleidchen aus gestreifter und karierter Kunstseide, li. Abbild., Lg. 63 3.95
Einknöpfanzug Zephirbluse und blaue Satinhose f. 2—3 Jahre 3.50
Kinderkittel gestreift, Zephir m. Soutachegarn. 65 ₰
Spielhöschen aus gestr. Zephir u. indanthren gef. Stoff 95 ₰
Knabenanzug li. Abb., 1—3 Jahre, Sport- u. Kittelform f. farb. Stoff, bl. Kg. 7.50 4.90
Wanderkleid indanthrengefärbt mit Schürzchen, Lg. 70 6.90
Musseline-Kleid in sehr niedl. Verarb. und vielen Must. 5.90
Kieler-Bluse aus Satinware alle Größen vorrätig Größe 55 2.95

Knaben-Kleidung
Kieler Blusen für 2 Jahre, Kadettstoff 3.90 2.60
Kn.-Schlupfbluse für 2 Jahre, dunkl. Waschstoff 1.20
Kn.-Leibchen u. Kniehosen für 3—9 J. a. blau u. farb. Waschst. 1.80 1.45
Kn.-Windjacken für 9 Jahre, aus kräftigen impr. Stoffen . . . 8.75 6.90

Taschentücher
Kinder-Linontücher mit Bildecke . . . . . Stück 8 ₰
Kinder-Buchstabentücher gute Qualität, Linon mit farbiger Kante . . . . . 18 ₰
Knaben-Taschentücher weiß, mit farbiger Kante . . . . 15 ₰

Kinderkleidchen aus glatten Zephirstoffen 1.45
aus weiß Vollvolle, wertvolle Qualit., bis Gr. 55 teilweise reich bestickt 2.95

1 Posten Kinder-Pullover
kunstseidenen Effekten, soweit Vorrat
2.95 1.95 0.95

Kinderkleidchen aus weiß Vollvolle mit Stickereivolants u. reich. Garnierung, bis Länge 95 3.95
aus gutem waschbar. uni Zephir mit gestreiftem Faltenröckchen bis Gr. 65 1.95

Kinderwäsche
Mädchenhemd mit Stickereigarnierung, Länge ca. 45 cm 0.70
Jede weitere Größe (5 cm) 15 Pfg. mehr
Knabenhemd kräftiges Hemdentuch, Länge ca. 45 cm 0.80
Jede weitere Größe (5 cm) 15 Pfg. mehr
Mädchen-Hemdhose Trägerform, mit Stickereigarnierung, Länge ca. 45 cm 1.30
Jede weitere Länge (5 cm) 15 Pfg. mehr
Mädchen-Prinzeßrock mit Val.-Spitzen, Ein- und Ansatz garniert, Länge ca. 40 cm 1.50
Jede weitere Länge (10 cm) 25 Pfg. mehr

Schuhwaren
Kinder-Tuch-Hausschuh Ledersohle, in schönen Mustern, 27/35 0.95
Kinderstiefel braun und schwarz 23/26 . 2.95
Kinder-Spangenschuh grau und beige Leder 31/35 . 4.95 27/30 3.95
Braune Kinderstiefel echt Chevr. 31/35 5.90

Fortsetzung unseres großen
Extra-Verkaufs
Wasch-Stoffe
Wasch-Seiden
enorm billig!

Spielwaren
Segelschiffe Stück 0.10
Segelschiff 37 cm lang, 42 cm hoch 0.95
Zelluloidpuppen 20 cm groß . . . 0.50
Teddybär 25 cm lang, aus gutem Plüsch 0.95
Sandformen Karton sechsteilig . . . 0.20
Zelluloidbabys 25 cm 0.95

Mützen
Schülermütze aus vorzüglichem Sammet . . 2.50
Matrosenmütze marine, gute Verarbeitung 1.75
Knaben-Sportmütze gediegene Qual. 1.10
Kinder-Regenschirme 2.75

H. Joseph & Co. Neukölln Berliner Str. 51-55